IMPRESSUM: Herausgeber und Medieninhaber: Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen GÖD BMHS, 1080 Wien, Strozzigasse 2/4. Stock, Tel.: 0676 49 66 414, E-Mail: pascal.peukert@my.goed.at, Internet: www.fsgbmhs.at

Redaktion: Dr. Fritz Auer friedrich.auer@my.goed.at, 0664 145 88 44, Ing. MMag. Pascal Peukert pascal.peukert@my.goed.at, 0676 49 66 414

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

FSG bmhS GÖD

NEWSLETTER

Fraktion Sozialdemokratische Gewerkschafter:innen BMHS

Juni 2023

Nachwievor keine Entlastung im Schulbereich absehbar!

Liebe Kollegin!
Lieber Kollege!

Wie auch in anderen europäischen Ländern ist der Mangel an Pädagog:innen an Österreichs Schulen angekommen. Bereits in den letzten Jahren hat die Anzahl der Kolleg:innen, die ihren wohlverdienten Ruhestand angetreten haben, zugenommen. Auf Grund der Altersstruktur wird sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen. Dies führt bereits jetzt zu Beschäftigungsproblemen und wird dies auch in den nächsten Jahren in manchen Unterrichtsfächern tun. Betonen möchte ich an dieser Stelle, dass dies, wie von verschiedenen Seiten kommuniziert wird, keineswegs eine überraschende Situation ist. So äußerte sich Herr Bildungsminister Polaschek unter anderem im ZIB 2-Interview vom 27.3.2023 zu dieser Thematik insofern, als dass die Problematik des Lehrer:innenmangels erst in der Corona-Situation entstanden sei. Die Ursachen dafür sind jedoch vielfältig. So ist die demographische Entwicklung des Lehrpersonals und ein damit zu erwartender Engpass schon seit vielen Jahren bekannt. Dass viele Kolleg:innen in den nächsten Jahren ihren Anspruch auf ihre Regelpension erreichen, war daher bereits langfristig absehbar. Auch dass es in bestimmten Fächern wie z.B. Mathematik und Naturwissenschaften seit Jahren Engpässe bei der Beschäftigung gibt, ist keine Situation, die in den letzten ein bis zwei Jahren neu entstanden ist, sondern ist seit längerer Zeit Realität. Corona und der Trend zur Teilzeitarbeit sind bloß ein kleiner Teil, der das Rad nur schneller zum Drehen brachte und nicht, so wie Herr Bundesminister Polaschek behauptet, die Ursachen für die fehlenden Pädagog:innen.

Aber nicht nur die Erreichung des Regelpensionsalters und der dadurch entstehende Abgang von Lehrpersonen im Schulbereich stellt ein Problem dar.

Vielmehr sind wichtige Gründe auch die seit Jahrzehnten schlechter werdenden Arbeitsbedingungen und der damit verbundene Attraktivitätsverlust des Lehrberufes und der geringschätzende Umgang mit Pädagog:innen in der Öffentlichkeit. Dies ist dem Image des Lehrberufes mehr als abträglich. Unsere warnenden und fordernden Stimmen wurden und werden diesbezüglich aber über weite Strecken ignoriert.

Beispielhaft seien hier die seit Jahren steigenden administrativen Belastungen, wie z. B. die Durchführung von Feldtestungen, die Erstellung unzähliger Listen und die Eingabe von Daten in Sokrates, welche von Lehrer:innen zu bewältigen sind, erwähnt. Ebenso muss zum wiederholten Mal auf die nach wie vor fehlende Entlastung durch geschultes Unterstützungspersonal zur Betreuung von Schüler:innen mit psychisch und/oder sozial belastetem Hintergrund hingewiesen werden. Durch die Corona-Pandemie hat sich diese Situation auch noch verschärft und belastet die Kolleg:innen zusätzlich. Diese Aspekte tragen nicht zur Attraktivierung des Berufes bei.

Um Personen für den Lehrberuf zu begeistern, aber auch in diesem langfristig halten zu können, wären attraktive Onboarding-Maßnahmen von Seiten des Dienstgebers dringendst angebracht.

Doch bis dato gibt es kaum Reaktionen des Dienstgebers, die den Rückschluss zuließen, dass die Situation ernst genommen und wirksam entgegengesteuert wird.

Eine Maßnahme, die von Seiten des Bildungsministeriums bisher gesetzt wurde, ist die kürzlich ins Leben gerufene Kampagne „Klasse Job“, mit welcher Personen überzeugt werden sollen den Lehrberuf zu ergreifen. Diese täuscht über die wirklichen Probleme jedoch hinweg und wird aus unserer Sicht voraussichtlich keine nachhaltige Lösung bringen. Die dafür laut Medienberichten geplanten Ausgaben von rund € 600.000,- für Plakate, Videos und Social-Media-Auftritte wären meiner Meinung nach sinnvoller in direkte Entlastungsmaßnahmen wie administratives und psychologisches Unterstützungspersonal investiert – jeder Euro, der in den Schulen ankommt, ist dort besser aufgehoben als in fragwürdigen Werbekampagnen. Sichtbare und spürbare Entlastung wäre ein wichtiger Beitrag, diesen Job attraktiver zu gestalten und dadurch das Interesse bei Personen zu wecken, Lehrer:in zu werden und auch langfristig zu bleiben.

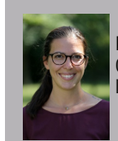
Das Ministerium hingegen setzt in seiner Kampagne auf Quereinsteiger:innen und kolportiert, dass sich sehr viele von diesen aus einem anderen Berufsfeld für den Lehrberuf interessieren. Der Zugang soll für allgemeinbildende Fächer durch die Prüfung der fachlichen Eignung der Bewerber:innen durch eine Kommission und einer anschließenden Zusatzqualifikation im pädagogischen Bereich, welche allerdings mit einem Lehramtstudium nicht vergleichbar ist, ermöglicht werden. Ob diese Möglichkeit die angespannte Personalsituation im Lehrberuf nachhaltig entschärfen kann, wird man sehen. Man kann allerdings davon ausgehen, dass viele dieser Personen wieder aussteigen werden, sollte sich an den derzeitigen Arbeitsbedingungen und der Belastungssituation im Schulbereich nichts zum Positiven verändern.

Anzumerken ist auch, dass der Arbeitgeber öffentlicher Dienst unter anderem aufgrund des Quereinstiegs NEU in unmittelbarer Konkurrenz zur Privatwirtschaft steht und dadurch die Frage nach einer adäquaten Bezahlung für erbrachte Arbeitsleistung in den Fokus rückt. Die, wie beispielhaft beschrieben, seit Jahren zunehmende Mehrarbeit wird von den Kolleg:innen fast zur Gänze ohne finanzielle Abgeltung erbracht. Dies stellt mittlerweile eine Kernproblematik des Schuldienstes dar. Möchte man qualifizierte Personen für den Lehrberuf gewinnen bzw. in diesem halten, wird sich diesbezüglich rasch etwas ändern müssen.

Daher fordert die FSG BMHS wiederholt und eindringlich, dass raschest Maßnahmen gesetzt werden, um die Lehrer:innen nachhaltig zu entlasten und den Beruf wieder attraktiv zu machen.

Ing. MMag. Pascal Peukert ist Vorsitzender der BMHS Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen, Stv. Vorsitzender im Fachausschuss BMHS für Wien, Mitglied der Bundesfachgruppe kaufmännische Schulen, Mitglied im Zentralausschuss und Mitglied der Bundesleitung 14-BMHS

Pascal Peukert
0676 49 66 414
pascal.peukert@my.goed.at



Lena-Maria Sprung
0680 160 17 95
lena-maria.sprung@my.goed.at

Eveline Ott
0664 358 23 91
eveline.ott@my.goed.at

Fritz Auer
0664 145 88 44
friedrich.auer@my.goed.at

Alles hat seinen Preis!

Auch Bildung hat ihn – und wie in so vielen Bereichen muss dieser Preis gezahlt werden.

Seit Jahrzehnten ist der Staat nicht bereit, adäquate Mittel für das Bildungssystem zur Verfügung zu stellen. EU-weite Statistiken zeigen, dass Österreich als verhältnismäßig reiches EU-Land lediglich im unteren Mittelfeld rangiert, wenn es um die öffentlichen Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP geht.

Wer zahlt also den Preis? Zahlreiche Studien belegen, dass Bildung „vererbt" wird. Darum zahlen den wahren Preis Schüler:innen aus bildungsfernen Gesellschaftsgruppen und Lehrer:innen, die versuchen diese Ungerechtigkeit auszugleichen.

Bei meiner Recherche zu diesem Artikel wurde mir einmal mehr bewusst, wie viel unbezahlte oder nicht adäquat bezahlte Tätigkeiten wir Lehrer:innen schon mit Selbstverständlichkeit ausüben und dass der dafür nötige Aufwand stetig steigt. Es beginnt bereits im Herbst mit den Wiederholungsprüfungen, die in sehr vielen Schulen mittlerweile am Donnerstag und Freitag der letzten Ferienwoche stattfinden, setzt sich fort in der Unmenge und weiter zunehmenden administrativen Tätigkeiten, die von Beginn des Schuljahres über das ganze Jahr hinweg bis zum Schulende zu erledigen sind, den „freiwilligen" Arbeitsgruppen in den Schulen, den zahllosen und immer herausfordernderen fachlichen, aber auch psychologischen Gesprächen mit Schüler:innen und Erziehungsberechtigten, den Gesprächen mit Kolleg:innen zum pädagogischen Austausch, Elternsprechabenden, der Organisation und Durchführung von Lehr-ausgängen und mehrtägigen Veranstal-tungen außerhalb der stundenplanmäßigen Unterrichtszeit sowie der Planung, Durch-führung und dem Besuch von schul-internen Veranstaltungen, Arbeitsgruppen zur Schulentwicklung, Tagen der offen Tür - um nur einige zu nennen. Damit aber nicht genug! Während der Sommerferien muss das vergangene Schuljahr aufgearbeitet und das kommende Schuljahr vorbereitet werden.

Dem gegenüber stehen seit Jahren zunehmende Verschlechterungen hinsichtlich Besoldung und Dienstrecht (z. B. Verpflichtung zur Erteilung unbezahlter Supplierungen, Verringerung des MDL-Zuschlages und Verschlechterung der Abgeltung des Unterrichts in Abendschulen ...).

Noch nie waren die Anforderungen an Lehrer:innen durch den schnellen Wandel an Technologie (z. B. ChatGPT), aber auch durch auftretende Katastrophen und Krisen so groß wie jetzt. Die Folgen? Noch nie waren die Burnout-Rate und die Kündigungen von Seiten der Lehrer:innen so hoch wie jetzt.

Trotz all dem sagen Kolleg:innen (noch) „Das mache ich doch gerne." und zeigen damit ihr nach wie vor hohes Engagement. Aussagen wie „Wenn ich es nicht mache, wer sonst?" heben gleichzeitig aber den dringenden Handlungsbedarf hervor.

Wir sagen: Es ist höchste Zeit, dass nicht mehr Lehrer:innen und Schüler:innen den Preis für eine gute Bildung und Ausbildung bezahlen!

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es den Schulterschluss von Eltern, Schüler:innen, Lehrer:innen, aber auch von Direktor:innen und Lehrer:innenvertreter:innen.

Das Team der FSG-BMHS tritt tagtäglich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in unseren Schulen ein. Gemeinsam sind wir noch stärker und würden uns daher über deine Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen freuen. Mehr Informationen dazu findest du unter dem QR-Code in der rechten Grafik „Sei dabei", oder du wendest dich per Mail an uns.

Die Regierung muss endlich handeln und genügend Budget bereitstellen, um aus dem Lehrberuf wirklich einen „klassen Job" zu machen.

Mag.a Lena-Maria Sprung ist Mitglied im Zentralausschuss der BMHS und Schriftführerin im Fachausschuss BMHS für Wien

ÖBV Meine Versicherung

Unbezahlbar, wenn Sie Halt brauchen.

Jetzt neu!

Für Ihre Absicherung nach Berufs- UND Freizeitunfällen.
> Sofortleistungen für bestimmte Verletzungen
> Beitragsübernahme bei Elternkarenz
> Bei Knochenbruch bis zu € 1.500,–

www.unfallschutz.at

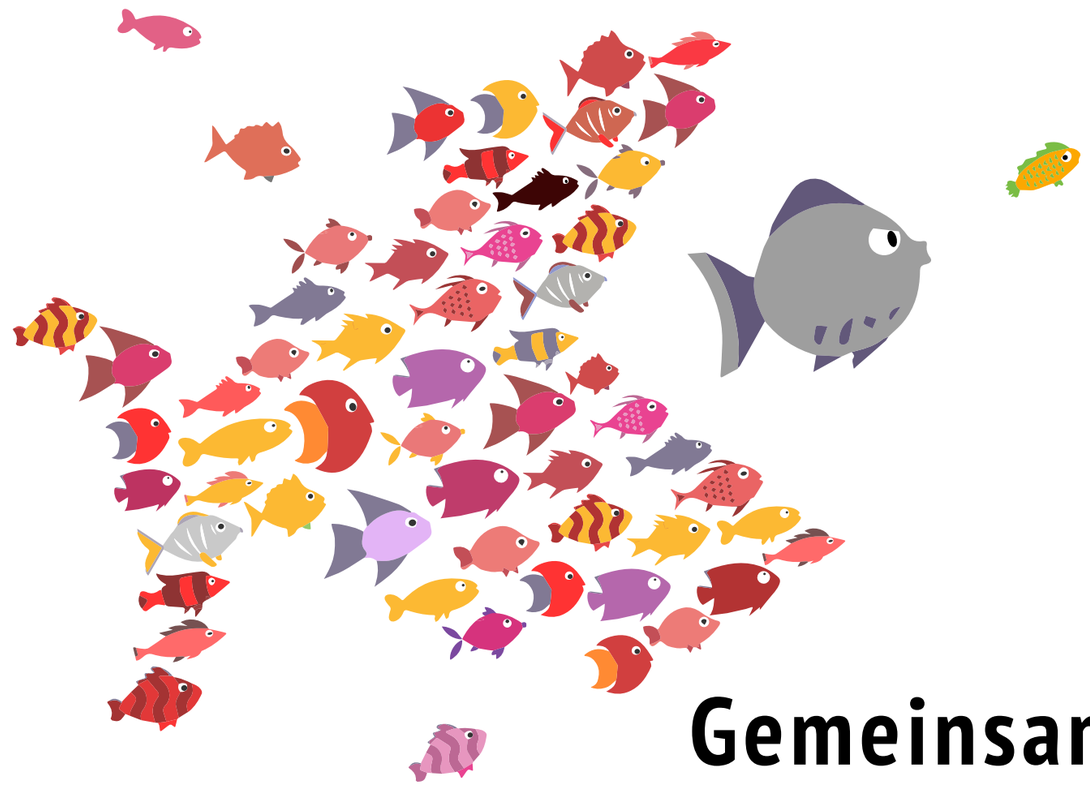
Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter **www.oebv.com/bib**.

FSG BMHS www.fsgbmhs.at

FSG bmhs GÖD

www.fsgbmhs.at

SEI DABEI - MACH MIT!



Gemeinsam für eine starke Interessenvertretung!

Engagier Dich

Aussendungen verteilen
Vernetzung
Schulungskurse
Betreuung von Schulen
Infoveranstaltungen

pascal.peukert@my.goed.at

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
Teinfaltstraße 7, 1010 Wien, [T] +43 676 4966414, [E] pascal.peukert@my.goed.at, [FB] www.facebook.com/FraktionBMHS, [WWW] www.fsgbmhs.at